

Stellungnahme der Gemeinderatsfraktion der Freien Wähler Dettenheim zum Haushaltsplan 2021 (Rainer Oberacker)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer,

Haushaltsplanungen beruhen auf Prognosen, die auf der Entwicklung in der Vergangenheit basieren. Die Covid19-Pandemie hat uns die diesjährige Planung über den Haufen geworfen und setzt auch hinter den Plan für 2021 und die Folgejahre Fragezeichen. Trotzdem denke ich, dass mit dem Haushaltsplan 2021 und der mittelfristigen Finanzplanung ein aus heutiger Sicht tragfähiges Zahlenwerk zustande kam.

Die Zahlen sind nach den guten Jahren bis 2019 leider weniger erfreulich. Nach einem gewaltigen Fehlbetrag in 2020 werden wir auch 2021 noch 315 T€ weniger einnehmen, als wir für den laufenden Betrieb benötigen. In den Folgejahren zeichnen sich zwar positive Ergebnisse ab, die aber immer noch nicht reichen, um unsere Abschreibungen zu erwirtschaften. Ausgabendisziplin ist deshalb unabdingbar, wenn wir nicht kräftig an Steuer- und Gebührenschrauben drehen wollen.

Die Ausgabenseite ist stark geprägt durch Pflichtausgaben und festgeschriebene Qualitätsstandards in vielen Bereichen. Die Steuerungsmöglichkeiten sind damit eingeschränkt. Die Personalaufwendungen können die nächsten 3 Jahre konstant gehalten werden trotz steigender Anforderungen an die Verwaltungsbürokratie.

Bei der Kinderbetreuung bewirken neue Gruppen und Angebote wie die Zwergenstube Kostensteigerungen. Bei den Schulen schlagen die sicherlich notwendigen Aufwendungen im IT-Bereich zu Buche. Trotz staatlicher Fördermittel verbleibt hier ein erklecklicher Anteil der Kostensteigerungen bei der Kommune. Ausgaben für Erziehung und Bildung sind für uns Zukunftsinvestitionen. Wir müssen aber versuchen, Synergieeffekte zu nutzen. Schon die gebäudetechnischen Voraussetzungen machen es wenig sinnvoll, in jedem Kindergarten alle Betreuungsformen vorzuhalten. Steuerungsinstrumente wie die zentrale Bedarfsanmeldung können hier helfen, wenn sie von allen Beteiligten angenommen werden. Elternbeiträge liefern einen substantiellen Anteil. Wer sie abschaffen will muss für eine Gegenfinanzierung sorgen.

Aus Zeitgründen spare ich mir weitere Ausführungen zu den Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit und komme zum investiven Bereich. Geplanten Einnahmen von 1,4 Mio€ aus Grundstücksverkäufen, Erschließungsanteilen und Zuschüssen stehen Aufwendungen von 4,5 Mio€ gegenüber.

Hier hat das Neubaugebiet Hagäcker-Weglängenäcker einen großen Anteil, von dem wir uns ja auch in den Folgejahren Einnahmen erwarten. Dieses Neubaugebiet mit überwiegendem Privatgeländeanteil wurde von unserer Fraktion immer unterstützt, obwohl ein Gemeinderatsbeschluss eine andere Gebietsreihenfolge vorsah. Dadurch konnte die unbefriedigende Zwangsplanung Buswendepark durch den deutlich sinnvolleren Kreisverkehr abgelöst werden. Hier danken wir der Verwaltung, dem Erschließungsträger und der Straßenbaubehörde für die kurzfristige Umsetzung der Planänderung.

Im Hinblick auf Gewerbeplätze mussten wir bedauerlicherweise zukunftssträchtigen einheimischen Firmen Absagen erteilen. Kurzfristige Abhilfe soll die Erweiterung des Gewerbegebiets Waldteiler bringen. Das verkehrstechnisch deutlich vorteilhaftere Mönchfeld ist auf die Zeit nach 2024 verschoben. Mit den Ausführungen über den interkommunalen Planungsansatz vor Augen fordern wir die Verwaltung auf, den Kontakt mit den Nachbargemeinden in dieser Angelegenheit weiter zu halten und Alleingänge einzelner Beteiligter zu vermeiden.

Um die Erschließung von Außenbereichen zu beschränken gibt es innerorts Investitionsbedarf. Die Ortskernsanierung in Liedolsheim soll mit dem Bereich Hochstetter Straße-Friedrichstraße als öffentliche Maßnahme in Fahrt kommen. Auch für private Bau- und Ordnungsmaßnahmen sind Mittel eingestellt. Wir haben dieses Sanierungsprogramm lange gefordert, auch und gerade weil es langfristig fruchtet. Beispiele sind das Betreute Wohnen und Projekte in der Hinter- und Herrgottstraße, die heute im Nachlauf der Ortskernsanierung Rußheim möglich werden und auf dieser basieren.

Zu den Investitionen rechnen wir auch die Sanierungsmaßnahmen am Kanalsystem nach der erarbeiteten Prioritätenliste. Wir halten es für dringlich, diese Liste wie geplant in den nächsten beiden Jahren abzuarbeiten. Mit den jetzt eingestellten Losen von jeweils 500 T€ finden wir hoffentlich annehmbare Angebote für den Tiefbau. Dass diese Maßnahmen insbesondere wegen des Niederschlagswassers notwendig sind, sollte auch in der anstehenden Globalberechnung zur Gebührenaufteilung Berücksichtigung finden.

Für den barrierefreien Umbau der meisten Bushaltestellen hat der Gemeinderat die Reihenfolge festgelegt. Der Umbau soll sich über vier Jahre erstrecken und wird, bezuschusst, leider auch nicht kostendeckend. Wir haben uns beim Großteil der Haltestellen aus verschiedenen Gründen gegen Busbuchten ausgesprochen. Der wichtigste ist die wegfallende Wiedereinfädung und damit ein Zeitgewinn für den Busverkehr.

Der jetzt vorliegende Feuerwehrbedarfsplan erlaubt eine solide Planung der Investitionen in den Brandschutz. Die Planungsarbeit durch das ehrenamtliche Führungspersonal und alle weiteren Beteiligten verdient unsere Anerkennung. Die Umstellung auf Digitalfunk in 2020 und die Perspektive auf ein Ersatzlöschfahrzeug in 2024 finden unsere Unterstützung. Beim Katastrophenschutz werden die Kommunen zunehmend in die Pflicht genommen, was Investitionen für Notstromaggregate und Einspeiseschaltungen erfordert. Wo liegen hier die Ursachen?

Ein dicker Brocken kommt mittelfristig mit der Pestalozzischule auf uns zu. Eine zukunftsweisende Planung ist aber erst möglich, wenn die Randbedingungen hinsichtlich der Ganztagsbetreuung klar werden, über die sich Land und Bund derzeit streiten. Anders als in der mittelfristigen Planung dargestellt hoffen wir dann auch auf einen Zuschuss für die Maßnahme.

Die Investitionen sind notwendig. Sie könnten vielleicht zeitlich etwas gestreckt werden, aber sie fallen an. Zur Finanzierung müssen wir Kredite aufnehmen, 2,8 Mio€ im Kernhaushalt und ca. 1 Mio€ im Wasserwerk in 2021. Dass etwas davon in diesem und dem nächsten Jahr in den laufenden Verwaltungsaufwand fließt, muss die absolute Ausnahme bleiben.

Zum Schluss noch kurz zum Wasserwerk. Die Gebühren haben wir ja bereits diskutiert und beschlossen. Unsere Einnahmen sind verbrauchsabhängig, unsere Ausgaben weit weniger. Deshalb war für uns neben der Verbrauchsgebühr auch die Erhöhung der Grundgebühr in Ordnung. Momentan haben wir noch eine vergleichsweise günstige Kostenrelation. Die Wasserversorgung in kommunaler Hand ist und bleibt für uns ein hohes Gut. Personell sind wir nach der Organisationsänderung schlagkräftiger aufgestellt. Die notwendigen Investitionen in Netz und Technik müssen folgen.

Den Dank an Verwaltung und das Gremium habe ich anfangs schon ausgesprochen. Ich möchte ihn zum Schluss nochmals bekräftigen und der Hoffnung Ausdruck verleihen, dass die Zahlen nicht schlechter kommen als geplant.